

**Wir haben zu brisanten Sozial-Themen die Meinung des Arbeitgeberverbands und der FGTB eingeholt und stellen diese im nachfolgenden Interview ungekürzt gegenüber. Diese werden natürlich vor dem Hintergrund der aktuellen Regierungskrise zu bewerten sein. Die Antworten binden natürlich nur diejenigen, der sie formuliert. Geantwortet haben:**

---



**Ludwig Henkes**  
**(Capaul)**  
Für den  
Allgemeinen  
Arbeitgeber-  
verband



**Renaud Rahier**  
**(FGTB)**  
sozialistische  
Gewerkschaft

---

**1. Nachgefragt :** Durch die aktuelle Regierungskrise stellen die Menschen sich viele Fragen, wie es um ihre Zukunft bestellt ist. Unser Land bemüht sich zudem wie die anderen EU-Staaten, die schwere Wirtschaftskrise zu überwinden. Dazu braucht es das Vertrauen der Wirtschaft und der Investoren. Inwieweit beeinflusst die politische Krise die zaghafte Konjunktorentwicklung allgemein und insbesondere in Bezug auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen?

**Ludwig Henkes, Allgemeiner Arbeitgeber-Verband :** Die aktuelle Regierungskrise beeinträchtigt weiter das Vertrauen der Bürger in die Politik. Die anhaltende politische Instabilität und das hierdurch entstandene Machtvakuum sind einer schnellen Erholung der Wirtschaft sehr abträglich und beeinflussen Investitionsentscheidungen negativ. Die politischen Entscheidungsträger bleiben ein wichtiger Partner für ausländische Investoren. Ihre langfristig kohärenten Entscheidungen sollten ein Garant für die Stabilität des Standortes ‚Belgien‘ sein. Leider gibt unser Land, gerade am Vorabend der belgischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union, ein falsches Signal für Europa. Ein prioritäres Ziel, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen wird fahrlässig vernachlässigt.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit notwendige kurzfristige Entscheidungen, wie beispielsweise die Verlängerung der aktuellen Krisenmaßnahmen (Wirtschaftliche Kurzarbeit, ...) noch getroffen werden vor dem Hintergrund einer nicht mehr funktionierenden Regierung. Auch dies ist nicht akzeptabel.

**Renaud Rahier, FGTB :** Die Regierungskrise, bzw. die Hintergründe dieser Krise ist von vielen Belgiern nicht nachvollziehbar. Vor dem Hintergrund einer noch lange nicht bewältigten Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Kasino-Wirtschaft und darüber hinaus die Gefahr um die Stabilität des Euro, ist es sehr schwer, Verständnis für die Positionen von Flamen und Wallonen rund um BHV aufzubringen. Man darf nicht vergessen, dass Belgien am 1. Juli 2010 die Präsidentschaft der EU wahrnehmen soll und insofern unser Land weltweit im Rampenlicht steht. Neben den Investitionsbeihilfen, Beschäftigungsprämien und Steuergeschenken, achten potentielle Investoren auch auf die politische Stabilität des Landes bevor sie ihr Geld einsetzen. Auch müssen unbedingt noch vor Ablauf des Monats Juni die befristeten Krisenmaßnahmen geprüft und gegebenenfalls verlängert werden. Wenn wir kein Parlament haben, weil sich dieses wegen bevorstehenden Wahlen

aflöst, ist die Folge, dass ab dem 1. Juli die Kurzarbeit für Angestellte nicht mehr möglich sein wird und Entlassungen unausweichlich folgen.

**2. Nachgefragt :** Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bemühen sich im Regelfall darum, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Dies kann aus eigener Initiative geschehen oder aber unter Anleitung des Arbeitsamtes oder der Gewerkschaften. Wie stehen Sie zu der engen Begleitung der Arbeitslosen (Zitat „Jagd auf Arbeitslose“) und dem Verhältnis „Stellenangebote/Zahl der Arbeitslosen“?

**Renaud Rahier, FGTB :** Dass arbeitslose Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen und so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen, ist die Basis dieses Solidarsystems der Arbeitslosenversicherung. Wenn jemand eine Ausbildung oder Arbeit willkürlich ablehnt, muss dies geahndet werden. Die Arbeitslosen aber nur stumpf zu „Kontrollieren“ mit dem Zweck sie von den Leistungen auszuschließen ist unserer Gesellschaft nicht würdig. Derzeit stehen im gesamten Kreis Verviers incl. DG 16.411 Menschen ohne Arbeit da, die Arbeitsverwaltungen bieten 522 offene Stellen. Dies bedeutet, dass für 1 offene Stellen 35 Bewerber in Frage kommen, vorausgesetzt die Qualifikation stimmt.

Die FGTB fordert daher zumindest eine Aussetzung dieser Kontrollwirtschaft bis zum Ende der Wirtschaftskrise und dann eine Reform hin zu einer effektiven Begleitung und Unterstützung der Arbeitslosen hin zum Arbeitsmarkt.

**Ludwig Henkes, Allgemeiner Arbeitgeber-Verband :** Menschen die unverschuldet ihren Arbeitsplatz verlieren, verdienen Solidarität und professionelle Unterstützung bei ihrer Suche nach einer neuen Stelle, welche ihren Wünschen und Möglichkeiten angepasst sein sollte. Eine enge Begleitung ist also eine wichtige Aufgabe und sollte als willkommene Hilfe verstanden werden.

Dies geschieht aber nur dann, wenn die begleitenden Personen (Coach) hierfür geschult worden sind. Professionelle Arbeit im Bereich der Begleitung von Arbeitslosen muß grundsätzlich beim Arbeitsamt wie auch bei den Interimfirmen (outplacement) sichergestellt werden. Alle Begleitpersonen sollten für diese überaus wichtige Herausforderung konsequent vorbereitet und weitergeschult werden. Neben einer hervorragenden Kenntnis des Arbeitsmarktes ist auch eine besondere psychologische Schulung vorzusehen und der Umgang mit Menschen in Krisensituationen zu erlernen. Wir stehen, auch in Ostbelgien, ganz am Anfang und auch wir sollten nicht auf den professionellen Rat selbstständiger Berater verzichten.

**3. Nachgefragt :** Michel Daerden, in der gerade zurückgetretenen Regierung zuständig für die Pensionen, hat vor einiger Zeit das Grünbuch über die Pensionen vorgelegt. Wie ist Ihre Meinung zu den Begriffen „gesetzlich gesicherte Rente“, „Betriebsrente“ und „Pensionssparen“?

**Ludwig Henkes, Allgemeiner Arbeitgeber-Verband :** Es ist dringend an der Zeit dass Politiker und Sozialpartner den Menschen die Wahrheit über die Finanzierung der Pensionen deutlicher vor Augen führen.

Das System der Frühpension ist, wie derzeit praktiziert, nicht mehr finanzierbar. Michel Daerden hat behauptet, er erhöhe den Beitrag der Firmen zur Frühpension, um damit die Unternehmen zu motivieren, ihre Mitarbeiter länger in einem Arbeitsverhältnis zu halten. Gleichzeitig wird die Hoffnung auf eine ‚frühe Rente‘ weiter geschürt. Es wird, nach wie vor die Illusion genährt, dass Frühpension gleichzusetzen sei mit der Schaffung von

Arbeitsplätzen. Doch die entstandenen Zusatzkosten können nicht durch die jungen Arbeitnehmer getragen werden und die ältere Generation verschuldet sich weiterhin auf Kosten der Jüngeren. Laut Henri Bogaert ("Commissaire au Plan"), Autor verschiedener Analysen zur Vergreisung der Gesellschaft, kamen in 2000 auf 4 aktive Personen 1 Person über 65 Jahre. In 2060 wird dieses Verhältnis mit 2 aktiven Personen auf 1 Person über 65 Jahre weitaus problematischer sein. Allein aus diesem Grund ist es notwendig, die Finanzierung der zukünftigen Rente der Arbeitnehmer auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Daher ist die Einführung einer betrieblichen Zusatzrente und die Förderung des individuellen Pensionssparens immens wichtig.

Wir können unser System nur durch mehr und nicht durch weniger Arbeitsleistung entlasten. Aktuell ist in Belgien nur noch 1 auf 3 Personen, die älter als 55 Jahre sind, berufstätig. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, auch und gerade im öffentlichen Dienst, sich einem effektiven Pensionsalter von 65 Jahren anzunähern und dies mittelfristig auf 67 Jahre zu erhöhen. Dabei könnte es interessant sein, weitere Anreize zu schaffen, die es den älteren Arbeitnehmern ermöglichen, dieser Entwicklung positive Aspekte abzugewinnen (weniger Sozialabgaben und höheres Nettogehalt ab 65 Jahre, flexible Arbeitszeitgestaltung). Natürlich müssen die Bedingungen für körperlich schwer arbeitende Menschen so angepasst werden, dass ihnen ermöglicht wird, ihrer körperlichen Verfassung Rechnung zu tragen.

**Renaud Rahier, FGTB** : Das Grünbuch des Pensionsministers ist für die Gewerkschaft ein rotes Tuch. Wir fordern den Erhalt unseres Pensionssystems, in der alle eine gesicherte Rente in Höhe von 75% der 5 besten Jahre erhalten. Auch muss das Prinzip der Verteilung erhalten bleiben, also weg von den privaten Zusatzrenten und die bisherigen Steuergeschenke in den ersten Rentenpfeiler einzahlen. In den USA müssen viele Rentner arbeiten gehen, weil ihre Rentenfonds mit der Finanzkrise pleitegingen und daher keine Rente mehr fließt. Weltweit ist noch nie ein Rentensystem in Konkurs gegangen, welches auf dem Verteilerprinzip aufgebaut ist. Diese Lehre sollten wir aus der Sozialgeschichte lernen.